

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Befristung monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Schriftband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postvergütung für 1919 eingetragen.

Jahrespreis 30 M. bei Vorbestellung oder deren Hälfte 15 M. 20 Pf., wenn man den Jahresschein mit dem Postweg monatlich 2,50 M. bei Zustellung unter Schriftband 4,50 M. bei direktem Postweg ohne Befristung monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Schriftband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postvergütung für 1919 eingetragen.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19  
Verleger: Kurt Roden 2655 und 2884

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Keine Haftentlassung Ledebours!

## Hefige Auseinandersetzungen vor Gericht.

Der Antrag auf Haftentlassung Ledebours wurde heute vom Gericht nach längerer Beratung abgelehnt. In der Begründung spricht das Gericht aus, daß wohl im Augenblick Klageverbot des Angeklagten nicht vorliege, daß aber nicht die Sicherheit gegeben sei, daß der Angeklagte sich nach erfolgter Verurteilung zur Strafvollstreckung stellen werde.

Die Verteidigung beantragte daraufhin, den Angeklagten für die Dauer der Verhandlung freizulassen und stellte anheim, ihn vor der Urteilverkündung erneut zu verhaften. Es kam zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft, in deren Verlauf Theodor Liebknecht feststellte, daß es sich hier nicht um eine juristische Begründung des Haftentlassungsantrags handle, daß vielmehr die Ablehnung aus politischen Gründen erfolge. Wegen dieser Behauptung beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 100 M. wegen „Ungebühr vor Gericht“ gegen den Verteidiger Dr. Rosenfeld. Als Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld nun um das Wort bat, lehnte das Gericht ab. Rosenfeld beantragte daraufhin, diese Ablehnung zu Protokoll zu nehmen. Das Gericht zog sich darauf zur Beratung zurück.

(Prozessbericht auf der dritten Seite.)

## Der Hörenfried.

Die Vermutung, daß die Rückkehr des sächsischen Wirtschaftsministers Schwarz aus Versailles nach Dresden nicht auf eine Erkrankung, sondern auf andere Ursachen zurückzuführen sei, bestätigt sich. Wie der „Neuen Berliner“ aus Leipzig gemeldet wird, ist der Minister, welcher der Delegation als Sachverständiger für soziale und Arbeiterfragen angehörte, von der ausländischen Reichsbehörde, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, wegen seiner Anwesenheit auf die deutsche Friedensdelegation abberufen worden. Diese Anarisse hat man in dem Artikel erblickt, der in der „Neuen Berliner Zeitung“ am 20. Mai veröffentlicht wurde, und in dem Schwarz u. a. an der Zusammenkunft der Delegation Kritik übte.

In demselben Artikel hatte Schwarz auszuführen, es gäbe eine Rettung: die deutsche Sozialdemokratie müsse bahnbrechend in der Vermittlung sozialistischer Ideen und Forderungen vorangehen. Ein Mann mit solchen lebendigen Ideen darf allerdings nicht in die Friedensdelegation der Regierungsausschüsse hinein. Seine Abberufung mußte erfolgen, schon um nicht die berühmte „Homogenität“ der Friedensdelegation zu stören. Für die rechtlich-politischen Elemente der Arbeiterklasse, die sich noch immer solchen Vorstellungen über den Charakter ihrer Forderungen hinziehen, wird auch dieser Fall eine heilsame Lehre bedeuten.

## Die französische Arbeiterklasse und der Friedensvertrag.

Der Friedensvertragentwurf der Entente-Regierungen hat bei dem französischen Proletariat einen starken Unwillen ausgelöst und es herrscht bei ihm die Überzeugung vor, daß seine imperialistischen Bedingungen werden die Macht der Arbeiter selbst zum Verhängnis werden könnten. So schreibt Marcel Sembat in der „Humanité“: „Da dieser Friedensvertrag für Frankreich verhängnisvoll werden, zuerst in finanzieller Hinsicht; dann zweitens wird durch finanzielle Forderungen erdroffelt, die so schwer sind, daß nicht ein sozialistisches, sondern ein bürgerliches Parlament, Deutschland werde durch diesen Waffenstillstand zum 50jährigen Sklaverei unterworfen. Gibt es denn bei uns Arbeiter, die sich über die dem Besiegten auferlegte Armut freuen, ohne zugleich zu uns selbst zurückzublicken und sich zu fragen, wie denn unsere eigene Situation sein wird? Man glaubt man, daß sie glänzend sein wird? Wären wir doch die Wahrheit zu sehen, wie sie ist! Man führt uns zum Staatsbankrott...“

„Gibt es denn Arbeiter, die sich über die dem Besiegten auferlegte Armut freuen, ohne zugleich zu uns selbst zurückzublicken und sich zu fragen, wie denn unsere eigene Situation sein wird? Man glaubt man, daß sie glänzend sein wird? Wären wir doch die Wahrheit zu sehen, wie sie ist! Man führt uns zum Staatsbankrott...“

„Gibt es denn Arbeiter, die sich über die dem Besiegten auferlegte Armut freuen, ohne zugleich zu uns selbst zurückzublicken und sich zu fragen, wie denn unsere eigene Situation sein wird? Man glaubt man, daß sie glänzend sein wird? Wären wir doch die Wahrheit zu sehen, wie sie ist! Man führt uns zum Staatsbankrott...“

„Gibt es denn Arbeiter, die sich über die dem Besiegten auferlegte Armut freuen, ohne zugleich zu uns selbst zurückzublicken und sich zu fragen, wie denn unsere eigene Situation sein wird? Man glaubt man, daß sie glänzend sein wird? Wären wir doch die Wahrheit zu sehen, wie sie ist! Man führt uns zum Staatsbankrott...“

„Gibt es denn Arbeiter, die sich über die dem Besiegten auferlegte Armut freuen, ohne zugleich zu uns selbst zurückzublicken und sich zu fragen, wie denn unsere eigene Situation sein wird? Man glaubt man, daß sie glänzend sein wird? Wären wir doch die Wahrheit zu sehen, wie sie ist! Man führt uns zum Staatsbankrott...“

„Gibt es denn Arbeiter, die sich über die dem Besiegten auferlegte Armut freuen, ohne zugleich zu uns selbst zurückzublicken und sich zu fragen, wie denn unsere eigene Situation sein wird? Man glaubt man, daß sie glänzend sein wird? Wären wir doch die Wahrheit zu sehen, wie sie ist! Man führt uns zum Staatsbankrott...“

„Gibt es denn Arbeiter, die sich über die dem Besiegten auferlegte Armut freuen, ohne zugleich zu uns selbst zurückzublicken und sich zu fragen, wie denn unsere eigene Situation sein wird? Man glaubt man, daß sie glänzend sein wird? Wären wir doch die Wahrheit zu sehen, wie sie ist! Man führt uns zum Staatsbankrott...“

## Der Generalstreik in Königsberg.

Zu den Ursachen und dem Verlauf des Generalstreiks wird uns aus Königsberg nach geschrieben:

„Einem militärischen Gewaltstreik ist die Arbeit der Königsberger Arbeiterklasse gefolgt. Am 17. Mai fand in Margrabowa eine große öffentliche Versammlung statt, in der auch Genosse Stadterverordneter Heydemann-Königsberg das Wort ergriff. Auch, wie die Versammlung verlief, endete sie — kein Zweifel. In der Nacht zum Sonntag wurde Heydemann durch 40 von einem Offizier geführte Grenzschutzsoldaten aus dem Bettte geholt, verhaftet und nach Golbap verjagt.“

„Zwei massenhafte Besuche Eisenbahnerdelegationen am Sonntag sandten eine Kommission zum Kommandierenden General, um Heydemanns Freilassung zu verlangen. Da sie keine zugehörige Erklärung erhielten, traten die Eisenbahner Montag mit in den Streik; alle Großbetriebe Königsbergs schlossen sich ihnen an. — Montag morgen fehlte der Bürgerwehrstreik ein. Alle Betriebe hielten still. Geschäfte, die nicht schließen wollten, wurden von bürgerlichen „Streikpatrouillen“ (Gymnasialisten, Schüler), mit Erschießen bedroht.“

„Die Verhaftung Heydemanns erfolgte auf Veranlassung des Divisionskommandeurs der II. Division Insterburg und des Kommandanten der Sicherheitswehr Margrabowa.“

„Minister Seine behauptet im Königsberger Anhang wahrheitswidrig, Heydemann habe zum Schutz der Regierung mit bewaffneter Hand aufgefordert. Kein Wort davon ist wahr.“

„Dienstag mittag lief in Königsberg die Meldung ein, Genosse Heydemann sei freigelassen. Der Erfolg der geschlossenen, wuchtigen proletarischen Massenaktion ist also nicht ausgeblieben.“

## Warum müssen wir unterzeichnen?

Von Dr. Hans Wehberg.

Der Vorkriegsgegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages haben sich auch einige Vertreter des Pazifismus angeschlossen. Wir geben deshalb nachstehende Ausführungen eines hervorragenden Pazifisten wieder, der dieser abnehmenden Auffassung entgegentritt. Für das deutsche Proletariat besteht nach unserer Auffassung das pazifistische Argument, das die Unterzeichnung eine bindende Anerkennung des Friedensinhaltes wäre, überhaupt nicht. Der Friede wird dem Proletariat vom Entente-Kapitalismus aufgezwungen und dieses muß zunächst sich dem Zwang fügen. Aber der internationale Klassenkampf gegen den Kapitalismus geht ununterbrochen fort und sein Sieg wird die Revision dieses Friedensvertrages durch die sozialistisch erneuerte Menschheit bringen.

### a) Der grundsätzliche Standpunkt.

Soll ein mit den Wilsonschen Grundsätzen in Widerspruch stehender Friedensvertrag von uns unterzeichnet werden oder nicht? Welcher Standpunkt ist für uns Pazifisten prinzipiell der richtige? Die Tatsache, daß die Alldeutschen entschlossen sind, gegen den Friedensvertrag scharf Front zu machen und für seine Ablehnung einzutreten, darf für uns nicht entscheidend sein. Selbst wenn wir einmal zufällig in dieser Frage mit der äußersten Rechten derselben Meinung wären, dürften wir uns nicht scheuen, diese Auffassung öffentlich zu vertreten, wenn auch der Gesichtspunkt, aus dem jene und aus dem wir zu einer Ablehnung gelangen, ein grundverschiedener ist. Was würde die Unterzeichnung bedeuten? Sie würde dartun, daß wir uns an den Vertrag für gebunden erachten, was wir mit gutem Gewissen doch nur tun können, wenn wir ihn in aller Eile zu stimmen. Wir haben, namentlich im Falle Belgien, das Prinzip der Vertragstreue ausgesprochen. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß ein Vertrag nicht aus höheren Rücksichten des Staatswohls gleich einem Stück Papier behandelt werden dürfe. Nun könnte man allerdings sagen: Die Frage der Gültigkeit eines Vertrages stellt sich anders dar, wenn dieser Vertrag nicht lediglich mit dem Willen des internationalen Organisations, d. h. mit eben denjenigen Prinzipien, die in ihm zum klaren Ausdruck gelangen sollen, in scharfem Widerspruch steht. Gewiß ist es ein großer Unterschied, ob wir einen Vertrag nicht befolgen, weil er mit den Wilsonschen Grundsätzen nicht vereinbar ist, oder weil er dem eigenen Vaterlande nicht die nötigen Vorteile bringt. Aber auch wenn wir den Vertrag eben deswegen als ein Stück Papier bezeichnen, weil er unwarhaft ist und mit den heiligsten Prinzipien des zu schaffenden Völkerbundes in Widerspruch steht, so bleibt doch das Resultat bestehen, daß wir einen solchen Vertrag aus Gründen der inneren Wahrhaftigkeit nicht unterschreiben dürfen. Es ist etwas ganz anderes, einen irrtümlich zustande gekommenen Vertrag anzusehen und auf seine Richtigkeit zu dringen, als Verpflichtungen, die man von vornherein nicht auf sich nehmen will, mit dem vorgefaßten Willen einzugehen, diesen Vertrag später wieder zur Aufhebung zu bringen. Auf diesem Standpunkt steht z. B. auch der französische Sozialist Renaudel, der nach einem Bericht der „Freiheit“ vom 2. Mai (Morgenausgabe) auf dem Amsterdamer Sozialistenkongreß vor etwa zwei Wochen erklärt hat: „Es wäre ihm lieber, wenn Deutschland den Frieden nicht unterzeichnen würde, falls er zu ungleichen Bedingungen enthielte.“

### b) Die Rücksichten nationaler Natur.

Aber man weiß gegenüber diesem theoretisch ganz gewiß unanfechtbaren Standpunkt darauf hin, daß wir nicht anders können, als mit Rücksicht auf unser Volk, um es vor einem Weiterbestehen der Blockade, wenn nicht vor Schlingensiefeln zu retten, auf den Vertrag eingehen müssen. Kautsky hat besonders in der „Freiheit“ vom 24. April (Abendausgabe) erklärt, wir bräuchten die rettende Hand des Auslandes und dürften sie daher nicht zurückweisen. Indem wir aus Rücksichten auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unseres Vaterlandes einen Vertrag unterzeichnen, den wir innerlich nicht anzunehmen vermögen, weichen wir vor den Prinzipien der Gerechtigkeit, die uns bei allen Verträgen mit dem Ausland leiten müssen, aus Gründen

nationalen Eigenes ab. Wir denken nicht an die Idee der Vertragstreue, nicht an das unbedingte Prinzip der Wahrhaftigkeit bei dem Eingehen von internationalen Verpflichtungen, sondern wir halten uns in erster Linie die wirtschaftliche Not unseres eigenen Landes vor Augen und vernachlässigen darüber die Interessen der Menschheit.

Ich bin unbedingt dagegen, daß wir aus Rücksicht lediglich auf wirtschaftliche Schwierigkeiten einen Frieden unterzeichnen, der uns innerlich unannehmbar erscheint. Wie der Generalstab des preussischen Militarismus im Kriege die Parole ausgegeben hat: lieber soll das Volk noch weiter hungern, als sich dem Noche des Gegners beugen, so müssen wir als Pazifisten erklären: lieber noch weitere Entbehrungen auf uns nehmen, als eine Todssünde an den Prinzipien des Völkerbundes begehen. Ueberall, wo nationale und internationale Interessen miteinander im Widerspruch stehen, muß meiner Ansicht nach für uns konsequente Pazifisten die internationale Seite des Problems entscheidend sein.

### o) Rücksichten internationaler Natur.

Es laucht aber weiterhin die schwerwiegende Frage auf, ob nicht neben den von Kautsky geltend gemachten nationalen Gesichtspunkten andere Gründe rein internationaler, pazifistischer Natur eine Ausnahme von dem oben erwähnten Prinzip, wonach nur die vom Geist des Pazifismus befehlten Verträge angenommen bzw. unterzeichnet werden dürfen, sehr wohl gestalten. Wenn wir überzeugt sind, daß die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages für die Entwicklung der pazifistischen Idee größere Gefahren mit sich bringt, als die Unterzeichnung, dann können wir es allerdings aus praktischen Gründen rechtfertigen, wenn wir für die Annahme des Vertrages eintreten. In der Tat ist nicht zu leugnen, daß die augenblickliche Lage eine derartige ist, daß Europa in ein jäheres Chaos zu stürzen in Gefahr steht, so daß der Krieg, falls nicht durch einen baldigen Friedensschluß die Verhältnisse gebessert werden, keine Entwicklung, sondern einen Rückschritt in der Entwicklungslinie des Pazifismus bedeuten würde. Pazifismus heißt vor allem Herrschaft des Rechts. Es ist zu fürchten, daß durch das Weiterbestehen der schlechten Ernährungsverhältnisse in Zentraleuropa schwere Bürgerkriege hervorgerufen werden, die sich den Nachbarländern mitteilen, und die aus Europa statt eines einheitlichen Organismus einen noch krankeren Körper machen werden. Es steht geradezu die Existenz der europäischen Kulturgemeinschaft auf dem Spiele. Selbst das nur formelle Weiterbestehen des Kriegszustandes würde ferner den Satz auf beiden Seiten weiter führen; es würde die Verständigung unter den bisher kriegsführenden Staaten, die wir doch möglichst bald herbeiführen wollen, weiter auf lange Zeit verzögert. Wir müßten also, um das Prinzip der Vertragstreue in diesem, allerdings wichtigen Fall zu retten, den Zusammenbruch unserer Arbeit in Kauf nehmen und geradezu Va-banque spielen. Können wir das rechtfertigen, oder müssen wir nicht alles tun, um die Völker wieder zur gemeinsamen Arbeit zu bringen, um ihnen allen, nicht lediglich dem deutschen Volke die Teilung der schweren Kriegswunden zu ermöglichen, damit sie recht bald, wenn sie wieder genesen sind, sich die Hand zur Versöhnung reichen? Dieser praktische Gesichtspunkt scheint mir allerdings ausschlaggebend zu sein. Wir müssen, um Größeres zu retten, Großes preisgeben. Wir müssen mit Rücksicht auf die Interessen der gesamten Menschheit ein Kompromiß schließen, in der Ueberzeugung, daß die Welt jetzt noch von Wahnwitz befallen ist und nicht zu der Vernunft gebracht werden kann, die dieser weltgeschichtliche Friedensvertrag erfordert.

Man könnte nun allerdings laien: Die Unterzeichnung eines fehlerhaften Friedensvertrages würde die nationalstaatliche Ariele in Deutschland allzu sehr stärken. Ich glaube aber, daß wir Vertrauen haben müssen in die bessere Einsicht der Völker, wenn einmal erst der Friede wieder hergestellt ist. Innerhalb des Völkerbundes wird sich nach diesem unabwehrbaren Blutvergießen ein gesunderer Sinn durchsetzen. Auf ihn können wir bauen, wenn wir das Vertrauen haben, dieser Seher Herr zu werden. Es wird nach einem schlechten Frieden die besondere Aufgabe der Sozialisten darin bestehen müssen, unseren Mitbürgern klar zu machen, daß nur die friedliche Ueberredung der anderen Völker unter Hinweis auf unser Recht und demnach eine Modifikation des Friedensvertrages, nicht aber die Durchsetzung unserer Ansprüche durch Waffenmacht, das Ziel deutscher Politik sein darf.

Von vielen anderen Seiten wird auf die Weltrevolution, auf den Weltsozialismus oder Weltsozialismus hingewiesen. Man glaubt, daß durch eine Verweigerung unserer Unterstützung diese Kräfte zum Siege gelangen und die kapitalistische Herrschaft der Entente stärken werden. Ich glaube, daß man sich nicht durch die Hoffnungen auf den baldigen Ausbruch der Weltrevolution in seiner Entscheidung beeinflussen lassen soll. Die Weltrevolution kommt doch. Sie ist nur eine Frage vorwiegend sehr kurzer Zeit. Sie stellt Europa vor so unabwehrbare Aufgaben, daß es für die Anhänger des Sozialismus Wahnwitz wäre, vor dieser Revolution das Chaos in Europa zu vergrößern. Wir denken uns doch die Weltrevolution als eine geistige Bewegung, die große neue Werte schafft, nicht aber lediglich als einen Aufbruch der alten Ordnung. Wenn Deutschland von den Ententeherren überströmt wird, oder wenn auch nur die bisherige wirtschaftliche Depression bestehen bleibt, dann wird der Boden für wilde Anarchie reif, und aus diesem Boden kann die ideale Weltrevolution nicht hervorgehen. Ganz anders ist die Lage, wenn sich erst die Verhältnisse, die durch den Krieg vollkommen durcheinandergewirrt sind, konsolidiert haben, wenn das Volk in Europa wieder Brot aumen hat und noch höheren Idealen streben kann als nur nach Essen und Trinken. Wenn die Welt wieder zu dem Bewußtsein eines Gemeinheitsgefühls kommt, wenn man Konventionen und Tabakzettel beiseite stellt, dann werden in unserem Erdteil, der etwa fünf Fünftel mit Bak und Blut getränkt war, wieder große Menschheitsideale verwirklicht werden können.

### a) Beeinflussung des Geistes vor Unterzeichnung.

Freilich ist es selbstverständlich, daß von der Unterzeichnung eines fehlerhaften Vertrages erst dann die Rede sein kann, wenn alle Mittel friedlicher Ueberredung versucht worden sind, wenn unsere Regierung nichts unterlassen hat, um eine Modifikation des Vertrages zu erreichen. Es kann hier zweifellos auf einige Tage und Wochen nicht ankommen. Wir müssen insbesondere versuchen, das Ergebnis der Oppo-

sition der Sozialisten in den Ententeländern abzuwehren, bevor wir uns zur Unterzeichnung entschließen. Wir müssen die Meinung der ganzen Welt gegen ein Abweichen von dem Wilsonschen Grundgesetz mobil machen. Gelinzt uns dies aber nicht, dann bleibt nur die Unterzeichnung übrig.

Bei dieser Unterzeichnung wird man uns aber das Recht nicht absprechen dürfen, feierlich zu erklären, welche Bestimmungen unserer Auffassung nach mit Wilsons Grundgesetzen im Widerspruch stehen. Dieser Vorbehalt, der in irgendeiner Form gemacht werden muß, wird uns die Möglichkeit offen lassen, in Zukunft auf einer Wenderuna der Vertragsbestimmung zu bestehen.

Es wäre meines Erachtens sehr verfehlt, wenn die deutsche Regierung die Verantwortung für den Friedensvertrag dadurch von sich weisen wollte, daß sie eine Volksabstimmung über die Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages veranstaltete. Die große Masse des Volkes ist so von wirtschaftlichen Nöten bedrängt, daß sie aus lauter Verzweiflung höchstwahrscheinlich die Annahme des Friedensvertrages beschließen würde. Ich halte es für unwahrscheinlich, daß sich die Volksabstimmung für die Ablehnung des Vertrages auswirken würde. Sollte aber der Friedensvertrag durch das ganze Volk angenommen werden, so könnten Väter der Feinde die Forderung einer Revision des Vertrages mit der Behauptung zurückweisen, der Vertrag sei ja von dem ganzen deutschen Volke genehmigt worden. Das wäre natürlich eine sehr unangenehme Situation.

Unsere Regierung wird hoffentlich den hier bezeichneten Weg einschlagen. Jeder andere wäre verhängnisvoll.

## Deklaration des internationalen Aktionsausschusses zur Friedensfrage.

Der Aktionsausschuss, der durch die internationale sozialistische Konferenz in Bern eingesetzt ist, hat in seiner Sitzung vom 12. Mai die Friedensbedingungen der Entente einer Prüfung unterzogen und eine detaillierte Auseinandersetzung seines Standpunktes ausgearbeitet, die dem Vierzehnten unterbreitet werden sollte. Die Erklärung des Aktionsausschusses lautet nach der „Humanität“ vom 13. Mai wie folgt:

Die Friedensbedingungen, die augenblicklich in Paris festgesetzt sind, sind von einem grundlegenden Interesse für die Demokratien der ganzen Welt.

Bis jetzt haben die Nationen sich noch nie vom Krieg freimachen können. Jeder Friedensvertrag ist die Quelle neuer Konflikte gewesen. Weil noch nie der Friede durch die Demokratie als der Inhaberin der Gewalt geschlossen ist und weil die Friedensverträge noch nie auf eine Weise verfaßt sind, die dem reinen Sinn der Gerechtigkeit Genüge leistet, der derjenige des Volkes ist.

Die internationale Konferenz von Bern (Februar) hat gewisse große Grundzüge festgelegt, die allein fähig sind, den Grund zu einem gerechten und dauerhaften Frieden zu legen. Sie hat diese Grundzüge dem Präsidenten der Friedenskonferenz, Herrn Clemenceau, übergeben in der Meinung, daß er ihnen Rechnung tragen würde.

### Die Grundzüge der Berner Konferenz.

Diese Grundzüge können auf folgende Weise ausgedrückt werden.

#### 1. Genugtuungen.

Die unentschuldigten Verwüsthungen Belgiens, Nordfrankreichs und anderer erobierter Länder, die den Kriegserklärungen der Mittelmächte gefolgt sind, ebenso wie die zu Wasser und zu Lande vollführten Handlungen, die gegen internationale Uebereinkünfte verstoßen, müssen Gegenstand von Entschädigungen und Genugtuungen werden.

#### 2. Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Bei der Festsetzung der nationalen Grenzen in Europa, bei der Umwandlung gewisser unterdrückter Nationalitäten in unabhängige Staatswesen wird die Bevölkerung nicht von einem Staat in den andern überführt werden können, ohne daß Bestimmungen (Vertragungen) auf förmliche Weise den Willen der direkt beteiligten Bevölkerung festlegen.

#### 3. Militarismus.

Der Militarismus wird ein Ende nehmen müssen und ein Völkerbund, der die demokratischen Einflüsse repräsentiert, wird gebildet werden müssen, um den Frieden zu sichern und den Nationen den Schutz des Rechtes zu garantieren.

#### 4. Kolonien.

Die Ausbeutung der eingeborenen Völker durch den Kolonialimperialismus wird ein Ende nehmen müssen. Die Völker, die im Besitz von (geordneten) Staatswesen sind, werden verantwortlich gemacht werden müssen und die kolonialen Besitzungen werden ohne Ausnahme unter alle demokratischen Nationen verteilt werden müssen, die fähig sind, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Die wirtschaftlichen Reichtümer der Kolonien werden ohne Unterschied allen Völkern zur Verfügung gestellt werden.

### Was der Friedensvertrag wert ist.

Der Aktionsausschuss hat die Friedensvorschläge vom Standpunkt dieser Grundzüge aus geprüft. Er erkennt die Rube an, die angewandt ist, um gewisse durch frühere Kriege verschuldete Ungerechtigkeiten wieder gutzumachen und einige seit langer Zeit unterdrückte Völker zu befreien.

Er begrüßt die Schaffung eines Völkerbundes. Er stellt auch fest, daß die Gefangenen nach der Unterzeichnung der Präliminarien in ihre Heimat zurückgebracht werden sollen, und daß der Vertragsentwurf auf diese Weise die tatsächliche Klaverei ausschließt, die das Resultat eines anderen Schlußes gewesen wäre.

Aber wenn er zu gleicher Zeit die vorgeschlagenen Bedingungen mit all ihren Konsequenzen prüft, ist er beynurubigt, in dem Tzge dieses Friedensdokuments so viele Verbindungen des künftigen Weltfriedens zu finden.

Der Aktionsausschuss weist die Aufmerksamkeit der Sozialisten und der Arbeiterorganisationen auf die folgenden Punkte:

#### 1. Der Völkerbund.

Der Völkerbund in seiner endgültigen Form bleibt all den Einwürfen ausgelegt, die man in Bern und in Amsterdam gegen ihn gemacht hat. Er stellt eine Liga der Regierungen dar und nicht eine Gesellschaft der Völker und der Parlamente. Er verpflichtet nicht all seine Mitglieder, völlig auf die Mittel des Krieges zu verzichten durch die Annahme seiner Urteile und Entscheidungen. Er scheint noch immer das Instrument einer beschränkten Koalition zu sein, die durch fünf Nationen beherrscht wird, die sich das Uebergewicht gesichert haben, anstatt das Instrument

der internationalen Gerechtigkeit zu sein, in dem alle Nationen ihren Platz finden würden.

Obgleich der Völkerbund so, wie er augenblicklich gebildet ist, als der erste Keim einer methodischen Organisation, einer ununterbrochenen Friedensherrschaft angesehen werden kann, so Weigerung, Deutschland und Rußland von Anfang an in ihn aufzunehmen, muß so schnell wie möglich rückgängig gemacht werden, damit der Bund wirksam dem Kriege vorbeugen kann.

#### 2. Die Rüstungen.

Die Deutschland auferlegte Einschränkung der Rüstungen ist eine notwendige Bedingung der allgemeinen Abrüstung, die von der Internationale als einzige Hoffnung der Sicherheit und des Friedens der Nationen betrachtet wird und die durch die Schaffung einer großen Anzahl neuer kleiner Staaten noch unermesslicher geworden ist. Inzwischen die einfache Einschränkung des deutschen Militarismus schwächt nicht unbedingt den europäischen Militarismus. Infolgedessen verlangt die Internationale von den Alliierten, daß sie erklären, daß sie selbst abgeschlossen sind, ihre militärische Politik zu verlassen und ihre Rüstungen einzuschränken, auf dem Meer sowohl wie auf dem Lande.

Ueberdies muß man bemerken, daß die Festsetzung der Grenzen nach militärischen Gesichtspunkten und das Ueberwiegen strategischer Gesichtspunkte in gewissen Bestimmungen des vorliegenden Vertrages nur dazu führen können, die Rüstungen noch zuzulegen.

#### 3. Die Fragen der Grenzen und Kolonien.

Der Entwurf der Grenzen von Polen dessen Wiederherstellung die Internationale begrüßt) verleiht das Recht der Bevölkerung, sich den Staat zu wählen, von dem sie politisch abhängen will. Die Teilung des deutschen Staates in zwei getrennte Teile ist gefährlich und wird eine Quelle von Schwierigkeiten und Unbehagen bleiben.

Es ist geteilt, daß die Fortsetzung der Bergwerke in Belgien und Frankreich für Deutschland die Verpflichtung zur Zahlung hat, das zugunsten vieler Länder durch Abenteurerung erworben ist. Aber die Bedingungen, die das Saarrevier betreffen, sind von unangenehmem Geiste lapidarischer Ausbeutung besetzt. Die Schaffung französischer wirtschaftlicher Interessen in dieser Gegend, die Fortsetzung einer Spezialverwaltung und eine Volksabstimmung nach Verlauf von 15 Jahren rechtfertigen den Verdacht, daß man nicht nur die Kohle will, sondern auch das Land. Nicht eine Genugtuung, sondern eine Verschönerung.

Die Tatsache, daß über die deutschen Kolonien verhandelt wird, und daß Deutschland jedes Mandat unter den Völkerbündeln des Völkerbundes vorverweigert wird, wird allgemein als nicht anders angesehen werden, als eine dem Imperialismus gewährte Bestrafung.

Ebenso darf die brutale Art, mit der man über die Ostprovinzen von Schantung verfügt, mit der man an 20 Millionen Chinesen der japanischen Herrschaft ausliefert, nicht mit Schweigen übergehen werden. Das ist eine offene Anerkennung des Eroberungsrechtes. Diese Behauptung ist schwer und beweisen deutlich, daß dieser Friede nicht unter der Bedingung ist und daß die Nationen gezwungen sind, zu sehen, wie die Folgen der Sieger zur Verteilung der Beute führt, ohne die unabwehrlichen Folgen in Betracht zu ziehen.

Wie aus Versailles gemeldet wird, hat der Weltaktionsausschuss der Berner Konferenz, der auf einen an den vierzehn größten Protest gegen die Friedensbedingungen keine Antwort erhalten hatte, Jean Longuet und Ramsay MacDonald beauftragt zu Lord George zu gehen und eine gemeinsame Erklärung des Vierzehnten und des Aktionsausschusses der Konferenz zu fordern. Es wurde darauf schriftlich die Antwort erteilt, nach der Meinung der Ententemänner eine derartige Konferenz keinerlei sachliche Resultate haben könne und daher abgelehnt werde.

Die Ablehnung der Forderung des Sozialistischen Aktionsausschusses ist eine unerhörte Provokation der gesamten Arbeiterkategorie der Ententeländer, die sich über ihre Wirkung auf die Arbeitermassen nicht verhehlen dürfen. Die Staatsmänner der Entente schämen in ihrer imperialistischen Verherrlichung über das Fauset, das alle diese Pläne vernichten wird.

## Keine deutschen Dampfer nach Riga.

### Konflikt zwischen Berlin und Moskau.

Berlin, 22. Mai. Die bekannt, hatte sich die Entente auf Ansuchen der deutschen Regierung nach fast dreimonatigem Zögern mit der Absendung eines deutschen Dampfers nach Riga zwecks Abholung der dort befindlichen deutschen und neutralen Hilfsgüter einverstanden erklärt. Die deutsche Regierung hat sich sofort mit der Sowjetregierung in Rostow in Verbindung gesetzt und die Abholung des Dampfers in Verbindung gesetzt, jedoch wurde die Mitteilung erhalten, daß die Sowjetregierung in Riga die Abholung der Deutschen und Neutralen nicht gestattet. Es noch irgendeine Möglichkeit gibt, wird nichts unversucht werden, den deutschen Reisenden in Riga Hilfe zu bringen.

Die Darstellung, die in dieser halbamtlichen Mitteilung von den Unterhandlungen mit Moskau gegeben wird, ist für eine wesentliche Korrektur durch folgenden Text aus Moskau:

Die Regierung der Sowjetrepublik Setzlenk hat den Wunsch des deutschen Auswärtigen Amtes erhalten, vorgeschlagen wird, ein deutsches Dampfschiff nach Riga zu senden, um die in Riga zurückgebliebenen deutschen Staatsbürger und Angehörigen aufzunehmen und fortzubringen. In ihrer Antwort auf diesen Wunsch erklärt die Sowjetregierung, daß folgende:

Die Regierung Schidemanns und Hindenburgs führt einen unerbittlichen Kampf gegen das lettische Volk. Täglich kommen deutsche reguläre Truppen an die lettische Front, die deutschen Weichgabeln, von Truppen und baltischen Baronen geführt, den die barbarischsten Kriegsmethoden an. Westliche Geste werden angewendet, von Flugzeugen werden Bomben auf die Städte Riga herabgeworfen, von deutschen Kreuzern aus wird die lettische Bevölkerung der Rüste bedroht. Unter diesen Umständen muß der Vorschlag der deutschen Regierung, die aus humanitären Rücksichten ein Dampfschiff abzuholen will, als unerhörte Kamachung oder als mitleidige Kriegslüge betrachtet werden. Feindliche Dampfschiffe in eine belagerte Stellung zu lassen, wie Riga gegenwärtig eine ist, muß als völlig ausgeschlossen gelten.

Ich betrachte nochmals meine dem deutschen Auswärtigen Amt abgegebene Erklärung, daß die Vorbedingung für Verhandlungen der Abzug der deutschen Truppen aus Lettland und die Erfüllung unserer Forderungen ist, die

In einer am 19. Mai stattgefundenen Versammlung erstattete Kollege Schumacher Bericht über die zentralen Verhandlungen mit den Arbeitgebern...

Die Teuerungszulagen treten ab 15. Juni in Kraft. Am 1. Juni wird die Zulage von 126 Proz. auf 125 Proz. gesenkt...

Die Sektion der Bergbau- und Hüttenindustrie, die die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Bergbau- und Hüttenindustrie...

Aus der Partei. Aus der Provinz Brandenburg. Am Sonntag, den 18. Mai legte in Oberwiesche eine Konferenz der N. S. D. D....

auf das Gericht den besten Eindruck. Kein Mensch mit gesundem Rechtssinn konnte sich noch der Gründe verschließen...

Der Höhepunkt erreichte dann die Verhandlung, als Genosse Ledebour selbst das Wort ergriff und versicherte, daß er jeden Tag pünktlich zur Stelle sein werde...

Der Vorsitzende rügte diese Äußerung, aber Rechtsanwalt Viehnecht wies darauf hin, daß derartige Pläne tatsächlich bestehen...

Das Gericht beriet länger als eine Stunde über den Antrag, so schwer fiel es ihm, Rechtsgründe für die Ablehnung zu finden.

Gewerkschaftliches.

Sechster Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Montag, den 20. Juni 1919, in Nürnberg. Im Saalbau des Industrie- und Kulturbereichs, Frauentorgatzen 40.

- Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. 2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission...

Wegen an den Straftaten an der Front zur Verantwortung zu ziehen. Der Vorsitzende der Materregierung Deutschlands St. 1541.

Die deutschen Kriegsgefangenen.

Die Antwort der Alliierten auf die deutsche Note bezüglich der Kriegsgefangenen lehnt die Freilassung der Gefangenen, die sich Verbrechen haben zuschreiben lassen...

Ledebour vor den Geschworenen.

Genosse Ledebour sitzt nunmehr im fünften Monat in Untersuchungshaft. Alle Anträge, ihn aus der Haft zu entlassen, sind bisher abgelehnt worden...

Der Staatsanwalt Dr. Gysae bemühte sich, die vom Rechtsanwalt Rosenfeld vorgebrachten Gründe zu entkräften. Er behauptete, Ledebour sei ein Mittel zur Bekämpfung eines unbequemen politischen Gegners...

Arbeitslos.

Von Kurt Baumann.

Den Kopf schmerzt in die Hände gestützt, sitzt Werner am Tische seines einfach eingerichteten Wohnzimmers, das gleichzeitig als Schlafzimmer dient, im Südwesten Berlins...

Seine Bestimmung — auf Recht und Gerechtigkeit eingestrichelt — kramte danach, die Ungerechtigkeit gegen seine Mitmenschen zu beheben, mündlich zu befehlen. So vergingen die Jahre...

rat. Der schönste Tag seines Lebens war angebrochen. Die Kameraden flohen auf und an der Spitze des Bataillons marschierte er zum Reichstag...

Tage und Nächte mühevoller, angestrengter Arbeit folgten. Nur zu gern nahm er alle Leiden auf sich; wußte er doch, wofür er schaffte...

Dann kam sein Rücktritt; herausbekommen durch die Weingärtler der Genossen im Soldatenrat, von denen die Weingärtler verblendet genug war, nicht einzusehen, daß sie ihr eigenes Grab schaukelten...

So — Bürger — denken, fühlen und hoffen tausende und abertausende ohne Schuld dem Arbeitsloseneid Preisgebend.

Einer der hervorragenden deutschen Fernredner, Professor Dr. Hermann Oppenheim ist gestern in Berlin im 81. Lebensjahre gestorben...

In der Gedächtnisfeier für Gustav Landauer, die am 28. Mai, 11 1/2 Uhr, in der Volkshalle stattfand, wird Julius Bah die Gedenkrede halten...

Die nächste Aufführung der Volkshalle wird Angenernders 's Jungferngift' sein. Regie: Paul Wegland. Bühnenbilder: Paul Jakob Fleck.

Das kleine Schauspielhaus in der Hasencampstraße, das zur Zeit den Reinhardttheater angegliedert ist, wird vom 1. Juli 1920 a. b. w. mehrere Jahre von Gertrud Salski selbständig übernommen...

In der Aufführung von César Kossakoff's Drama 'Grob' und 'Der brennende Dornbusch', die am Sonntag, den 23. Mai, mittags 12 Uhr, für das junge Deutschland im Deutschen Theater stattfand...

Im Deutschen Künstler-Theater wird die Sommerfestzeit am 1. Juni unter der Direktion Adalbert-Wöhrl eröffnet. Zur Aufführung gelangt ein dreiaktiger Schwank 'Die Rutschebahn' von Heinz Gordon und Kurt Wöhrl.

Das Neue Operettenhaus (Direktor Jean Aron) bleibt vom 29. bis 30. Mai wegen Kapazitätproben geschlossen. Am 31. Mai geht zum ersten Male 'Die Dame vom Zirkus' in Szene.

Der Deutsche Bühnenverein hält am 4. Juni im Schillertheater, Charlottenburg, seine 23. außerordentliche Hauptversammlung ab.

Im ehemaligen Palais des Prinzen Friedrich Leopold am Wilhelmplatz findet vom 1. bis 15. Juli eine Kunstausstellung ehemals Feldgrauer Künstler statt...

